



Wir brauchen eine Brandmauer gegen rechts – nicht nur gegen die AfD

Nachdem am 10. Januar 2024 die Correctiv-Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ veröffentlicht wurde, schaut das ganze Land auf die rassistische „AfD-Remigrationsdebatte“. Bei dem Treffen nahmen neben AfD-Politiker*innen und bekannten Rechtsextremen unter anderem auch zwei CDU-Politiker, Mitglieder der sogenannten „Werteunion“, teil. Die Vernetzung dieser Akteur*innen und die menschen- und demokratiefeindlichen Inhalte des Treffens sind massiv alarmierend – und vor dem Hintergrund des Erstarkens ebendieser Akteur*innen und rechter und rassistischer Diskurse in den letzten Jahren leider kaum überraschend.

Während Menschen (zum Glück) zu Tausenden auf die Straße gehen, um gegen die AfD und ihre rassistische Politik zu demonstrieren, bleibt an anderer Stelle der Aufschrei bislang aus.

Nicht nur die Politik der AfD ist rassistisch, sondern auch die Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte tragen momentan neue rassistische Gesetze und Diskurse mit. Gerade im Bereich der Migrationspolitik. Wenn wir nicht auch gegen die rassistische Migrationspolitik der anderen Parteien laut werden, bleibt der Protest gegen die AfD zwar wichtig, aber in seiner antirassistischen Motivation extrem inkonsequent.

So hat am 15. Januar der Vorstand der CDU den Entwurf für das neue [Grundsatzprogramm](#) der Partei verabschiedet. Das letzte Mal wurde das Programm 2007 geändert.

Der aktuelle Vorschlag knüpft an die rassistischen Vorschläge von Jens Spahn an, der mit seinen Aussagen zum Thema Migration letztes Jahr noch auf Widerstand auch aus seiner eigenen Partei stieß. In dem Entwurf des Grundsatzprogramms wird faktisch das Asylrecht nach dem Vorbild des „Ruanda Modells“ in Großbritannien abgeschafft.

In dem Entwurf heißt es:

„Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen.“

Bis jetzt ist es nur ein Entwurf, über den bei den anstehenden sechs Regionalkonferenzen dieses Jahr diskutiert wird und der, wenn auch aus gemäßigeren CDU-Kreisen Protest kommt, noch verändert werden kann.



Rassistische Migrationspolitik wird längst durch die sogenannten bürgerlichen Parteien mitgetragen. Das zeigt auch, das sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz, welches etwa eine Woche nach der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche vom Bundestag beschlossen wurde. Behörden müssen nun u.a. Abschiebungen nicht mehr ankündigen (selbst für Kinder ab zwölf nicht). Auch enthält das Gesetz Formulierungen, die dazu führen können, dass die Seenotrettung zukünftig strafbar wird ([Zum Rechtsgutachten](#)). Trotz massiver Kritik an dem Gesetz durch zivilgesellschaftliche Organisationen, und mitunter auch aus Reihen der Ampel-Koalition selbst, wurde das Gesetz beschlossen. Eine laute, gesamtgesellschaftliche Empörung hierüber blieb aus. Nur einen Tag später wurde die Staatsangehörigkeitsreform beschlossen, was neben einigen Verbesserungen auch sehr problematische Punkte beinhaltet – auch hierbei waren die Stellungnahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen für Nachbesserungen nicht berücksichtigt worden.

Auch die eine Woche vor Weihnachten beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die drastischste Asylrechtsverschärfung auf europäischer Ebene seit Bestehen der EU, oder die massiven Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz werden von SPD, Grünen und FDP vorangebracht (siehe hierzu auch die aktuelle [Kritik](#) an den Verschärfungen des AsylbLG von Volker Gerloff).

In diesem Jahr stehen wichtige Wahlen an. Im Juni wird das Europaparlament neu gewählt und im September sind Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. In Brandenburg wird die AfD nach aktuellen [Umfragen](#) die stärkste Fraktion im Parlament. Doch der Blick allein auf die AfD ist längst nicht mehr zielführend. Rassistische Politiken werden bereits umgesetzt. Der breite Protest gegen die AfD bleibt wichtig und setzt ein Zeichen gegen deren menschenfeindliche Bestrebungen. Gleichzeitig sollte ein breiter Widerstand gegen Rassismus unbedingt auch den Blick für den massiv problematischen Gesamtkontext öffnen, in dem sich Politik und Gesellschaft längst bewegen.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, als Zivilgesellschaft ein solidarisches Miteinander zu verteidigen. Am 3. Februar zeigen wir mit einer großen Aktion um das Bundestagsgebäude: [Wir sind die Brandmauer!](#)